

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1989)
Heft: 10: Immigration

Artikel: Die Organisation der Immigration in der Schweiz
Autor: Luppi, Eridano
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die Organisationen der **Immigration** in der Schweiz

ERIDANO LUPPI

«Tornare a votare per ritornare» (wir gehen wählen, um zurückkehren zu können), war die Wahlparole der Kommunistischen Partei Italiens in der Schweiz in den 60er Jahren. Die ganze politische, soziale und kulturelle Tätigkeit war auf die Rückkehr ausgerichtet, der Aufenthalt in der Emigration wurde als etwas Vorübergehendes betrachtet. Diese Haltung hat sich in den 70er Jahren gewandelt. Zeugnis davon legt folgender Artikel von FCLIS-Sekretär Eridano Luppi ab.

Die ersten Organisationen der ImmigrantInnen entstehen in der Schweiz gegen Mitte der 20er Jahre. Die Hauptmotive, die zahlreiche emigrierte italienische Staatsangehörige dazu brachten, sich zu organisieren, können folgendermassen zusammengefasst werden:

1. Die zum Teil ungerechte Behandlung und die gesetzliche und soziale Diskriminierung trieb einige dieser Werkstätigen dazu, eigene Strukturen gegenseitiger Unterstützung zu suchen, auch wenn diese oft nur moralischer Art war.

2. Das damalige faschistische Regime hatte die Absicht, sich durch solche Organisationen eine zusätzliche Unterstützung in der Auslandspolitik zu schaffen.

3. Ein Teil der Emigration waren politisch verfolgte AntifaschistInnen, die im Ausland ihre mehr oder weniger illegalen Organisationen gründeten.

Die Mehrheit dieser aus den verschiedensten Gründen entstandenen Organisationen bildete dann 1943 die «Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera» (FCLIS). Diese Vorbemerkungen sind sehr wichtig, wenn wir die Rolle der italienischen Organisationen gestern und heute untersuchen und verstehen wollen.

Allgemein betrachtet können wir der Rolle, welche die italienischen Organisationen in der Schweiz von den 20er bis hin zu den 70er Jahren spielten, eine positive Bedeutung geben. Vorsichtiger sind jedoch die Aktivitäten in der sozialpolitisch veränderten Situation der 80er Jahre zu bewerten.

Dank dem Druck der FCLIS und der Erfahrungen, die von leitenden Kadern innerhalb dieser Organisation gemacht werden konnten, entstanden in der unmittelbaren Nachkriegszeit, insbesondere in der Zeit zwischen 1955 und 1975, eine Vielfalt von italienischen Organisationen, die den ganzen vorhandenen Sozialraum abdecken. In diesen Jahren erblühten Sport-, Unterhaltungs- und Kulturvereine, Institutionen für die Berufsbildung, Patronate für die soziale Betreuung, die regionalen Vereine und die politischen Parteien.

Dank dem hat die in der Schweiz ansässige italienische Gemeinschaft ein feinmaschiges und weit verbreitetes Netz der sozialen Beziehungen und der Fürsorge erhalten, das in dieser Art in keinem anderen Land existiert. Die italienischen Organisationen waren zudem fähig, einige Kämpfe sozialer und politischer Art zu führen, welche die Regierung des Ursprungslandes wie die des gastgebenden Landes unter Druck setzten.

Diese Kämpfe, die oft zusammen mit den Organisationen anderer Landesgruppen geführt wurden, haben einige Resultate gebracht. Denken wir nur an die 1950 lancierte Petition für die Gleichheit der Behandlung in Sachen Sozialfürsorge aller Werkstätigen. Ein Beispiel: Die in der Schweiz seit 1948 eingeführte AHV/IV, für die von allen Werkstätigen obligatorische Beiträge eingezogen wurden. Die Schweizer Lohnabhängigen konnten nach einem Jahr Beitragszahlung in den vollen Genuss der Leistungen kommen, die ausländischen Werkstätiger jedoch erst nach zehnjähriger Beitragszahlung. 1952 reagierte der Bundesrat positiv auf das Postulat der Gleichbehandlung und führte sie rückwirkend ein.

Nicht weniger bedeutend waren die Kämpfe gegen das Saisonierstatut, die zwar noch nicht zu dessen Abschaffung geführt haben, jedoch viel dazu beigetragen haben, dieses zu verbessern. Dann noch die Petitionen für die politischen Rechte auf kommunaler Ebene, die Petition gegen die Einführung der betrieblichen Pensionskassen (ein

Problem, das heute brandaktuell ist), und all die Aktivitäten für die Anerkennung der politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte.

Auf italienischer Seite müssen wir an die Auseinandersetzungen für die Einführung der «Comitati dell'emigrazione italiana» (COEMIT) erinnern; die für die Anerkennung der Rechte in der Fürsorge; die für die Unterstützung der Verbesserung im Schulwesen und in der Berufsbildung; die für den Gratispass für all die Landsleute, die aus Gründen der Suche nach Arbeit das Land verlassen müssen. Genauso wertvoll sind all die Erfahrungen mit Zeitungen, Publikationen und kulturellen Veranstaltungen, die von der italienischen Immigration im Lande gemacht worden sind. Trotz all diesen positiven Erfahrungen, die einigen vielleicht zu tröstlich erscheinen mögen, können wir unsere Bedenken für die Zukunft nicht verbergen. Dies vor allem was die Rolle der italienischen Organisationen betrifft, wenn wir die Qualität ihrer Arbeit und ihre Haltung gegenüber neuen Problemen betrachten.

Hier eine Reihe negativer Erfahrungen: 1981 die Ablehnung der «Mitenand-Initiative»; 1982 die Ablehnung des neuen Ausländer-Gesetzes; 1983 die durch ein Referendum bewirkte Ablehnung der Vereinfachung der Einbürgerungen; 1984 die Lancierung einer neuen fremdenfeindlichen Initiative; die technologischen Restrukturierungen und die Rückkehr vieler AktivistInnen – all das hat Unsicherheit und Unklarheiten

geschaffen, die viele Organisationen, vor allem die regionalen, dazu gebracht haben, ihre Haupttätigkeit in typische freizeitleiche Aktivitäten und in die Pflege der Kontakte mit den Behörden der Ursprungsregion zu verlegen.

Ein Zeichen dieses Rückflusses und deren negativen Auswirkungen ist auch das Resultat der Petition, die von FCLIS und ATEES (die Dachorganisation der spanischen Organisationen) 1984 zur Unterstützung der 40-Stunden-Wochen-Initiative des SGB lanciert worden war und die bloss 40 000 Unterschriften erreichte.

Die FCLIS hat gerade wegen ihrer führenden Rolle, die sie in der italienischen Immigration einnimmt, an ihrem Kongress 1985 das Problem der Integration und der politischen Mitbestimmung ins Zentrum ihrer Aktivitäten gestellt. Sie fordert die Schaffung der Doppelbürgerschaft und das aktive und passive Wahl- und Stimmrecht auf kommunaler Ebene.

So hat die FCLIS dazu beigetragen, die Qualität der Diskussion und das Interesse der italienischen Immigration für das soziale Engagement zu heben. Sich heute für die Realisierung der politischen Rechte auf kommunaler Ebene zu schlagen, heisst auch solidarisch gegenüber den Immigrantengruppen zu sein, die politisch und sozial weniger gut organisiert sind. Wegen dieser Benachteiligung laufen ihre Verlautbarungen und Aktivitäten oft Gefahr, ungehört zu bleiben, was nur frustrierend ist.



S I N D
D I E
ÖFFENT-
LICHEN
DIENSTE
F Ü R
O D E R
G E G E N
D I E
G L E I C H
B E R E C H -
T I G U N G ?

SSP
VPOD

DISKUSSIONSTAGUNG • SAMSTAG, 20. JANUAR 1990 • BERN • PODIUMSGESPRÄCH • ATELIERS • DISKUSSION

Datum:

Samstag, 20. Januar 1990, 10 bis 16.45 Uhr (Abfahrten SBB: ZH (8.33), BS (8.00), GE (8.00))

Ort:

Konferenzzentrum Egghölzli, Weltpoststrasse 20, Bern, Tram 3 (Richtung Saali), bis Station Egghölzli

Organisation:

«Arbeitsgruppe Frauenförderungsmassnahmen, VPOD» in Zusammenarbeit mit der VPOD-Frauenkommission und der VPOD-Bildungsabteilung

Wer ist eingeladen?

Die VPOD-Kolleginnen und -Kollegen und alle weiteren interessierten Personen

Eine Mahlzeit wird serviert.

Teilnahmekosten: Für VPOD-Mitglieder gratis (Reisekosten werden zurückbezahlt). Für Nichtmitglieder Fr. 40.- (Mahlzeit inbegriffen)

Für weitere Informationen:

VPOD-Sekretariat in Zürich,
Telefon 01/251 99 35

Simultanübersetzung F/D
(den ganzen Tag)

PODIUMSGESPRÄCH

Der Staat als Arbeitgeber ist mit dem Auftrag konfrontiert, die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Alltag zu realisieren: Stellen Frauenförderungsmassnahmen ein dynamisches Instrument zur Durchsetzung der Gleichberechtigung dar? Tragen Frauenförderungsmassnahmen zu einer Infragestellung der traditionellen Rollenteilung am Arbeitsplatz und in der Familie bei?

Mit:

Jean Jacqmain, Jurist bei der Gewerkschaftszentrale der Öffentlichen Dienste (Brüssel)

Claudia Kaufmann, Juristin, Büro für die Gleichstellung zwischen Frau und Mann

Vera Morgenstern, Bundesfrauensekretärin der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (Stuttgart)

Marina Piazza, Soziologin und Forscherin, Kooperative für Frauenforschung (Mailand)

Suzanne Seeland, Journalistin (Berlin), Mitarbeiterin des Europarates

ATELIERS

A. Fördernde Massnahmen bei der Anstellung und der internen Beförderung

B. Fördernde Massnahmen in der Weiterbildung und der Wiedereingliederung von Frauen

C. Fördernde Massnahmen in der Arbeitsplatzbewertung und den Lohnklassifizierungen

D. Förderung der Chancengleichheit durch soziale Kleinkinderbetreuung